

Freiwilliges Soziales Jahr : Nebenjob im Supermarkt – wenn Geld aus Arbeit zum Leben nicht reicht

Mit wenigen hundert Euro Taschengeld werden FSJler für ihre Vollzeittätigkeit vergütet. Nun drohen finanzielle Kürzungen durch den Bund. Was das für Träger und Freiwillige im Landkreis MOL bedeutet.

16. Juni 2023, 06:00 Uhr

•

Petershagen-Eggersdorf

Ein Artikel von

[Annemarie Diehr](#)



Tom Stegemann und Anna Makuschew (v.l.) haben von August 2021 bis September 2022 ein Freiwilliges Soziales Jahr im Jugendclub Petershagen absolviert. Keanu Lenn ist dort aktuell im Einsatz – gemeinsam mit einer weiteren Freiwilligen. © Foto: Annemarie Diehr

Ihrem Berufswunsch brachte sie das Freiwillige Soziale Jahr einen entscheidenden Schritt näher. „Ich wusste danach, dass ich Lehrerin werden möchte“, sagt Patricia Strache. Im Schuljahr 2017/18 hat die heute 24-Jährige im Rahmen des Freiwilligendienstes an der Bürgel-Grundschule in Schöneiche den Alltag einer Lehrkraft kennengelernt. Im Anschluss daran studierte sie und unterrichtet inzwischen selbst an einer Schule in Berlin. So bereichernd das FSJ für die junge Frau auch war – im Nachhinein wisse sie nicht, wie sie das damals gestemmt habe. Denn: Vom Taschengeld, das sie für ihre freiwillige Vollzeittätigkeit an der Schule erhalten hat, konnte Patricia Strache nicht leben. „Ich habe nebenbei noch an der Kasse eines Supermarktes gesessen, weil es nicht gereicht hat“, sagt sie.

Freiwillige fordern höheres Taschengeld

350 Euro Taschengeld zahlt der Internationale Bund (IB) als einer der Träger des FSJ seinen Freiwilligen, die etwa in der Bürgel-Grundschule, der Strausberger Kita „Zwergenland“ und vielen weiteren Einsatzstellen in MOL und benachbarten Landkreisen unterkommen. „Laut einer Umfrage sind 460 Euro Taschengeld das Maximum unter Brandenburger Trägern“, sagt Astrid Ahner, die die Freiwilligendienste in der Region Brandenburg Nordost koordiniert. Zum Leben sei das für Jugendliche und junge Erwachsene, gerade, wenn sie auf eigenen Beinen stehen wollen, viel zu wenig. Darüber sind sich aktuelle und ehemalige FSJler einig, die sich Anfang Juni im Jugendclub Petershagen mit dessen Leiterin, den Landtagsabgeordneten Elske Hildebrandt (SPD) und Kristy Augustin (CDU) sowie der IB-Koordinatorin über Probleme und Chancen des FSJ austauschten.

Zudem gibt es in Brandenburg – anders als in anderen Bundesländern – eine Landesförderung nur für das FSJ an Schulen. „In Berlin können Träger des FSJ seit vergangenem Jahr eine Landesförderung beantragen, wodurch das Taschengeld angehoben werden konnte“, sagt Astrid Ahner. Insbesondere für Einsatzstellen im Speckgürtel ergebe sich daraus das Problem, dass FSJler sich eher in Richtung Berlin orientieren könnten. „Die ungerechte Ausgestaltung des Taschengeldes ist uns bewusst“, sagt Elske Hildebrandt (SPD). Neben zusätzlichen 600.000 Euro für das FSJ an Schulen fordere ihre Fraktion 100.000 Euro Landesmittel zur Erhöhung des Taschengeldes für FSJler.

Träger aus MOL unterstützt Petition

Eine aktuelle [Petition an den Deutschen Bundestag](#) im Rahmen der Kampagne „Freiwilligendienst stärken“, der sich auch der IB angeschlossen hat, geht in eine ähnliche Richtung. Freiwillige fordern, dass Bund und Länder ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, um die Freiwilligendienste im In- und Ausland attraktiver zu machen. Neben der Anhebung der Taschengelder wird eine bessere Finanzierung von Seminaren und kostenlose Mobilität gefordert. Das Thema ist brisant: Statt die Finanzierung des FSJ auszubauen, droht im Zuge anhaltender Haushaltsdebatten nämlich eine Mittelkürzung um 65 Millionen Euro in den kommenden zwei Jahren durch den Bund.

720 Euro kostet die Einsatzstellen des IB der Einsatz eines FSJlers. Darin enthalten sind nach Angaben von Astrid Ahner neben dem Taschengeld und der Sozialversicherungsleistung auch eine Verwaltungspauschale und Bearbeitungsgebühren des IB. Zusätzlich erhalte der IB als Träger des FSJ Bundesmittel. Sinkt die Bundesförderung – so die Rechnung – steigen die Kosten für die FSJler, die die Einsatzstellen an den IB zahlen müssen. „Nicht alle können sich das leisten“, sagt Astrid Ahner. In der Folge könnte es weniger Einsatzstellen geben – und die Attraktivität des Freiwilligen Sozialen Jahres für Jugendliche und junge Erwachsene noch weiter sinken.

Drohender Wegfall von FSJ-Stellen bei Mittelkürzung

In der DRK-Kita „Pustebblume“ in Petershagen sind aktuell zwei FSJler im Einsatz – und zwei Erzieherinnen, deren berufliche Laufbahn mit einem FSJ in der Einrichtung begann. „Etwas Besseres konnte uns gar nicht passieren“, sagt Kita-Leiterin Gerlinde Zühlke-Schwan. „Auf diese Weise haben wir Kolleginnen bekommen, die ohne Einarbeitungszeit sofort eine vollwertige Unterstützung waren, weil sie uns und unsere Einrichtung schon gut kannten.“

Angesichts des knappen Schlüssels bei der Personalbemessung für Kitas in Brandenburg tue jede helfende Hand gut, auch von Absolventinnen und Absolventen eines Freiwilligen Sozialen Jahres, sagt dazu Klaus Bachmayer, Vorstandsvorsitzender des DRK-Kreisverbandes Märkisch-Oder-Havel-Spree, der selbst Träger des FSJ ist. „Sollte es hier eine Kürzung finanzieller Mittel geben, hätten wir keine Möglichkeit, dieses Defizit zu ersetzen. Folge wäre, dass es keine Stellen für ein Freiwilliges Soziales Jahr mehr gäbe“, so Bachmayer weiter. Die Worte von DRK-Präsidentin Gerda Hasselfeldt, die eine Erhöhung der Bundesmittel und die Orientierung des Taschengeldes am BaföG-Höchstsatz von 800 Euro pro Monat als Mindeststandard vorschlägt, könne er nur unterstreichen.

FSJler als Zugewinn für Jugendclub Petershagen

Auch im Jugendclub der Gemeinde Petershagen-Eggersdorf, die zwei weitere Einsatzstellen in den kommunalen Horten bietet, sind zwei FSJler im Einsatz. „Sie sind ein absoluter Zugewinn“, sagt Clubleiterin Anke Ellermann, „denn was sie in ihrem Alter leisten, ist etwas anderes als wir mit 40 Jahren aufwärts.“ „Man hat einen ganz anderen Zugang zu ihnen“, bestätigt ein Jugendlicher, der regelmäßig seine freie Zeit im Jugendclub verbringt. Die eingesetzten FSJler seien für ihn immer eine Bereicherung gewesen. Deshalb, sagt er, sei es ungerecht, dass sie für ihre Tätigkeit „weniger verdienen als Minijobber“.